

Droht den Rehakliniken das finanzielle Aus?

Mittelbayerisches Rehaszentrum meldet Kurzarbeit an – Suche nach Lösungen geht weiter

Bad Kötzing. (hi) Die Situation ist paradox. Die Rehakliniken dürfen keine Patienten mehr aufnehmen, viele Maßnahmen wurden abgebrochen. Es soll Platz geschaffen werden für die steigende Zahl der Covid-19-Patienten. Eine ausreichende Finanzierung für die weiterlaufenden Kosten erhalten die Kliniken aber nicht. Die Folge: In immer mehr Einrichtungen droht eine finanzielle Schieflage.

So auch im Mittelbayerischen Rehaszentrum. „Wir haben für alle unsere Mitarbeiter ab 1. April Kurzarbeit beantragt. Der Schritt war unvermeidlich“, sagt Raphael Ngyuen, der kaufmännische Direktor der beider Häuser am Ludwigsberg.



Die Situation der Rehakliniken ist nach wie vor ungeklärt. Die Betreiber fürchten um die Existenz ihrer Häuser.

Foto: Mittelbayerisches Rehaszentrum

plett vergessen worden. „Wir laufen aber schon jetzt leer. Die Pauschalen, die das Gesetz vorsieht, reichen nicht mal aus, um die Mitarbeiter weiter zu bezahlen. Uns läuft die Zeit davon“, sagt Ngyuen.

Der von Bundesregierung und Bundesländern proklamierte „Schutzschirm für die Kliniken“ ist nach den Worten Ngyuens voller Löcher und lasse vor allem Rehakliniken im Gewitter der Corona-Krise ohne wirklich wirksame Unterstützung im Regen stehen. Mit der Aussicht auf einen Schutzschirm wurden die Rehakliniken aufgefordert, grundsätzlich alle planbaren

Aufnahmen, soweit medizinisch vertretbar, auf unbestimmte Zeit zu verschieben und auszusetzen, um sich auf den steigenden Bedarf zur Behandlung von Covid-19-Patienten vorzubereiten. „Dieser Aufforderung sind wir sofort nachgekommen“, so der kaufmännische Leiter. In dem gerade vom Bundestag beschlossenen Gesetz würden zwar durchaus erhebliche Summen stehen, die aber bei genauer Betrachtung wieder die Rehakliniken massiv benachteiligen. „Nein, auch nach zweimaliger Überarbeitung des Gesetzentwurfs sind wir nicht zufrieden. Im Gegenteil. Wir müs-

sen um den Bestand unserer Häuser in Bayern fürchten“, so Ngyuen.

Freistaat gefordert

Die Politik stütze sich auf einerseits auf das Gesundheitswesen, um die Pandemie zu bewältigen. Und lasse dann aber die Rehakliniken, die große Reservekapazitäten schaffen können, im Stich. Ärzte und Pfleger müssten in Kurzarbeit geschickt werden, obwohl sie eigentlich dringend gebraucht würden. „Wir stehen in der Krise ja bereit, um im Ernstfall mit allen Mitteln zu helfen. Aber wenn wir finanziell ausbluten, können wir das nicht mehr leisten“, sagt der kaufmännische Direktor.

Ihre ganze Hoffnung setzen die Rehakliniken jetzt auf den Freistaat Bayern. MdL Dr. Gerhard Hopp bestätigte auf Nachfrage, dass derzeit auf allen politischen Ebenen Gespräche laufen. Die Aufnahme der Reha-Einrichtungen in das Krankenhausentlastungsgesetz in Berlin sei ein erster Zwischenerfolg gewesen, der jedoch noch nicht ausreiche. Gemeinsam mit MdB Karl Holmeier und Landrat Franz Löffler steht Hopp mit den Gesundheitspolitikern um Bernhard Seidenath und Klaus Holetschek im Landtag und der Staatsregierung bis hin zur Staatskanzlei im Austausch. Hopp: „Es ist klar, wir brauchen hier eine Lösung.“

Schutzschirm mit Löchern

Bereits am Wochenende hatte sich Ngyuen, wie viele seiner Kollegen in Bayern, in einem dramatischen Hilferuf an die Verantwortlichen in Bund und Land gerichtet (wir berichteten). Das Krankenhausentlastungsgesetz, das über die Akutkliniken einen milliardenschweren Rettungsschirm gespannt hat und Ende in dieser Woche endgültig im Bundesrat verabschiedet werden soll, sieht zwar nun auch Hilfen für die Rehakliniken vor. Diese sollen Pauschalbeträge zur Abdeckung der laufenden Kosten erhalten. Zuvor waren sie im Gesetzentwurf kom-